Bern, 10. Oktober 2018

Adressaten:
die politischen Parteien
die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
die Dachverbände der Wirtschaft
die interessierten Kreise

Ausführungsrecht zum Gesundheitsberufegesetz (GesBG) vom 30. September 2016 (Gesundheitsberufekompetenzverordnung, Registerverordnung GesBG, Gesundheitsberufeanerkennungsverordnung), Teilrevision der Medizinalberufeverordnung, Registerverordnung MedBG, Psychologieberufeverordnung, Registerverordnung PsyG;

Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren


Das Gesundheitsberufegesetz (GesBG) legt gesamtschweizerisch einheitliche Anforderungen an die Ausbildung in folgenden Berufen fest: Pflege, Physiotherapie, Ergotherapie, Hebammen, Ernährung und Diätetik, Optometrie sowie Osteopathie. Weiter regelt es die Ausübung der Berufe in eigener fachlicher Verantwortung.

Der Bundesrat erlässt Verordnungsbestimmungen betreffend die berufsspezifischen Kompetenzen (Gesundheitsberufekompetenzverordnung), das Register der Gesundheitsberufe (Registerverordnung GesBG) sowie die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und die Gleichstellung inländischer Bildungsabschlüsse nach bisherigem Recht (Gesundheitsberufeanerkennungsverordnung).

Die Gesundheitsberufekompetenzverordnung legt namentlich die besonderen Aspekte des Anforderungsprofils der im Gesetz geregelter Studiengänge fest. Weiter delegiert sie die Kompetenz zum Erlass von Akkreditierungsstandards, die im Rahmen der obligatorischen Studiengangsakkreditierung überprüft werden, an das Eidgenössische Departement des Innern (EDI). Die Registerverordnung GesBG beinhaltet nähere Bestimmungen über die im Register enthaltenen Daten und deren Bearbeitungsmodalitäten. Sie delegiert die Registerführung an das Schweizerische Rote Kreuz (SRK). Die Gesundheitsberufeanerkennungsverordnung regelt die Voraussetzung-
gen für die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Sie überträgt die Zuständigkeit für die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse an das SRK. Weiter legt sie die für die Erteilung der Berufsausübungsbewilligung gleichgestellten inländischen Abschlüssen nach bisherigem Recht fest.


Sie werden neben den Kantonen dazu eingeladen, zu den Entwürfen der Verordnungen und der erläuternden Berichten Stellung zu nehmen.


Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen, wenn möglich, elektronisch innert der Vernehmlassungsfrist an folgende E-Mail-Adresse zu senden:

GesBG@bag.admin.ch
und
gever@bag.admin.ch


Für Rückfragen und allfällige Informationen steht Ihnen Brigitte Hofer (brigitte.hofer@bag.admin.ch, Tel. 058 464 06 51) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Alain Berset
Bundespräsident

¹ SR 811.11
² SR 935.81